

Für Göppingen in Berlin



Ausgabe 13-September 2014

SPD

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

die parlamentarische Sommerpause ist vorbei und wir Abgeordnete haben unsere Arbeit in Berlin wieder aufgenommen. Trotz der Sommerpause in der Politik waren die letzten Monate nicht arm an Nachrichten. Die Brutalität der Konflikte in der Ostukraine und im Nahen Osten haben uns alle in Atem gehalten.

Die Waffenstillstandsvereinbarung vom Wochenende im Konflikt um die Ostukraine ist ein erster wichtiger Schritt zu einer friedlichen Lösung. Wir fordern jetzt von beiden Seiten Besonnenheit. Mit Augenmaß zu handeln um den Frieden in Europa zu sichern, ist das Gebot der Stunde. Schnellschüsse und übertriebene Feindseligkeit gefährden Europas Sicherheit. Der Weg der Zusammenarbeit, den Russland und die NATO 1991 eingeschlagen haben, darf nicht wieder verlassen werden. Dazu gehört aber auch, dass die Sorgen Polens und der baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen Gehör finden, wie es auf dem NATO-Gipfel in Wales geschehen ist. Den Konflikt löst jetzt nur diplomatisches Verhandlungsgeschick, das Drohen mit militärischen Mitteln ist für uns keine Alternative.

Den Hilfen für den Irak im Kampf gegen die Miliz „Islamischer Staat“ (IS) hat die SPD-Bundestagsfraktion vergangene Woche bei einigen Gegenstimmen zugestimmt. Neben humanitärer Hilfe liefert Deutschland der Regierung der Autonomen Region Irakisch-Kurdistan damit auch Waffen.

IS mordet, foltert, mishandelt und versklavt Menschen im Irak und in weiteren Ländern. Mehr als 200.000 Menschen – darunter Christen, Turkmenen und Jesiden mussten fliehen. Vor diesem barbarischen Hintergrund und in Absprache mit den europäischen Außenministern hat die Bundesregierung den Beschluss gefasst, neben humanitärer Hilfe auch militärisches Gerät an den Irak zu liefern. Ich trage diese Entscheidung meiner Fraktion mit. Es geht um eine Nothilfe, die dem Schutz von Leib und Leben dient. Der Entschluss dazu ist mir alles andere als leicht gefallen. Die politischen Grundsätze für Rüstungsexporte bleiben selbstverständlich unberührt. Auch weiterhin wird Deutschland keine Waffen in Kriegsgebiete liefern.

Heike Baehrens



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb



Sterbehilfe

Sterbehilfe ist ein kontroverses Thema, es stellt uns vor existentielle Fragen und wird dementsprechend emotional diskutiert. Dürfen wir Schwerkranken den Wunsch zu sterben verwehren? Soll es kein Tabu mehr sein, Todkranken beim Suizid zu helfen? Wie steht es um Menschen, die von unerträglichen und unheilbaren Schmerzen gequält werden?

Der Deutsche Bundestag will die Sterbehilfe nun rechtlich regeln. In einem Punkt stimmen alle Parteien überein: Das Sterben in Würde muss jedem Menschen ermöglicht werden.

Deshalb hat sich die SPD in den Koalitionsverhandlungen dafür eingesetzt, dass die Sterbehilfe als eine Gewissensfrage im Plenum behandelt wird. Das heißt, jede und jeder von uns Abgeordneten kann nach seinem Gewissen und fraktionsunabhängig diese ethische Grundfrage für sich selbst beantworten. Deshalb werden fraktionsübergreifende Gruppenanträge erarbeitet, die wir im Herbst beraten. Mitte 2015 soll eine gesetzliche Regelung stehen.



Die aktive Sterbehilfe als Tötung auf Verlangen ist in Deutschland strafbar. Das bedeutet, dass einem Patienten keine tödlichen Medikamente verabreicht, also aktiv von außen zugeführt werden dürfen. Straffrei ist dagegen die Beihilfe zur

Selbsttötung, auch assistierter Suizid genannt. Dabei wird dem Patienten ein tödliches Medikament lediglich beschafft und bereitgestellt. Der Betroffene muss es dann aber selbst ohne fremde Hilfe zu sich nehmen. Auch die passive Sterbehilfe ist nicht strafbar. Darunter versteht man die bewusste Reduzierung oder Einstellung lebensverlängernder medizinischer Maßnahmen, wenn es der Patient so verlangt. Der natürliche Sterbeprozess wird also nicht aufgehalten, aber auch nicht beschleunigt.

Obwohl die Beihilfe zur Selbsttötung nicht strafbar ist, verbietet die Berufsordnung der Bundesärztekammer den Ärztinnen und Ärzten, Hilfe zum Suizid zu leisten. Allerdings hat die Bundesärztekammer den 17 Landesärztekammern gegenüber keine Weisungsbefugnis, so dass es von Bundesland zu Bundesland unterschiedliche Regelungen gibt. In manchen Bundesländern droht Medizinern, die Menschen bei der Selbsttötung helfen, ein Berufsverbot nach dem ärztlichen Standesrecht. In anderen Ländern, unter anderem Baden-Württemberg, drohen den Ärzten keine Sanktionen.

Die älter werdende Gesellschaft und die neuesten Entwicklungen in der Medizintechnik stellen uns vor neue Fragen zum Verhältnis zwischen Leben und Tod. Die Wünsche todkranker Menschen müssen so weit wie möglich berücksichtigt werden. Ärztinnen und Ärzte, Pflegende, Familie und Freunde sorgen tagtäglich dafür, unheilbar Erkrankten das Lebensende zu erleichtern.

Der Zugang und das Wissen über ambulante oder stationäre Angebote der Palliativversorgung können den Wunsch nach einem frühzeitigen Tod verändern. Deshalb sollten wir alles tun, um die
(Fortsetzung auf Seite 3)



(Fortsetzung von Seite 2)

Möglichkeiten und Angebote der Palliativversorgung weiter zu verbessern.

Außerdem dürfen wir nicht vergessen, dass die meisten Menschen mit Suizidwunsch unter Depressionen leiden. Die Depression ist eine psychische Erkrankung, die behandel- und nicht selten sogar heilbar ist. Der Wunsch zu sterben darf

nicht Ausdruck davon sein, dass unsere Gesellschaft ihre kranken Mitglieder im Stich lässt. Darum ist es ebenso wichtig, dass wir uns für eine würdevolle Pflege im Alter starkmachen und uns auch über die aktuell anstehende Pflegereform hinaus für gute Rahmenbedingungen in der ambulanten und stationären Pflege einsetzen.

Veranstaltung zum Thema Sterbehilfe

Die AsF lädt am Mittwoch, dem 01. Oktober 2014, ab 19:00 Uhr, zu einer Veranstaltung zu diesem wichtigen Thema in die Stadthalle Eislingen ein. Diskutieren werden Marta Alfia

(Hospiz im Landkreis Göppingen e.V.), Heike Baehrens, Dr. Michael Grebner (Klinikum Christophsbad) und Georg Kolb (Geschäftsführer Hospiz im Landkreis Göppingen e. V.)



Haushalt

In dieser Woche haben wir in erster Lesung den Bundeshaushalt 2015 und die Finanzplanung bis 2018 beraten. Wir haben den ersten Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung seit 1969, seit 45 Jahren, vorgelegt. Damit lösen wir ein Wahlversprechen ein: kluge Investitionen mit einem ausgeglichenen Haushalt zu verbinden.

Wir betreiben keine Politik zulasten künftiger Generationen. Das bedeutet auch, dass wir langfristig nicht von der Substanz leben dürfen. Die schwarze Null ist kein Selbstzweck sonst droht ein Investitionsstau.

Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag verankert, dass wir die "Investitionen in Köpfe" steigern

wollen. Das bedeutet sechs Milliarden mehr für Kitas, Schulen und Hochschulen. Zudem wird das Programm zum Ausbau der Kinderbetreuung auf eine Milliarde Euro aufgestockt.

Außerdem sollen die Kommunen mehr Entlastung bekommen. Sie werden ab 2015 eine Milliarde Euro erhalten, diese Entlastung steigt bis 2017 auf zwei Milliarden und erreicht 2018 den Wert von fünf Milliarden Euro.

Wir investieren fünf Milliarden Euro mehr in unsere Verkehrswege und stärken die Unterstützung für die Länder in den nächsten Jahren. Einige Leistungen werden künftig sogar komplett vom Bund übernommen zum Beispiel das BaföG.



Termine 15. September - 28. September 2014

14. September - 21. September Kanada

Delegationsreise des Ausschusses für Gesundheit

15:30 Uhr

Öffentliche Anhörung "Pflegerreform"

Montag, 22. September bis Freitag 26. September
Sitzungswoche in Berlin

Freitag, 26. September, 15:00 Uhr

Informationsbesuch des Hohenstaufengymnasiums
Göppingen

Dienstag, 23. September, 16:00 Uhr

"MdB und THW - Freiwillig helfen", Paul-Löbe-
Haus

Sonntag, 28. September, 10:45 Uhr

Eröffnung Schlater Apfelfeschd

Mittwoch, 24. September, 14:00 Uhr

Informationsbesuch des Freihof Gymnasiums
Göppingen



ANPACKEN.
FÜR UNSEREN
LANDKREIS.



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Bürgerbüro



Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 988 36 44

Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb